

V-11 jetzt H-01/01 (Gemeinsam gegen Hass - Antrag zur Schaffung einer Stelle zur bundesweiten Beratung von Mitgliedern von Bündnis 90/Die Grünen in Fällen von politisch motivierten Bedrohungen und Angriffen)

Antragsteller*in: Hannah Marie Neumann (Berlin-Lichtenberg KV)
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 V-11 und V-12 sind geeint in H-01/01
- 2 Alter Antragstext:
- 3 Wir Grünen machen uns gegen Ausgrenzung, Diskriminierung und Verfolgung stark;
4 wir
5 engagieren uns für Solidarität, Menschlichkeit und Demokratie. Das gefällt nicht allen,
6 manche reagieren darauf mit geballtem Hass. In den letzten Jahren gab es immer
7 wieder
8 politisch motivierte Angriffe auf ehrenamtlich aktive und politisch sichtbare Mitglieder
9 von
10 Bündnis 90/Die Grünen. Die Fälle von Hate Speech im Netz, Verleumdungen,
11 Bedrohungen (auch
12 von Familienmitgliedern), tätlichen Angriffe, Sachbeschädigung von Geschäftsstellen
13 oder
14 Privathäusern etc. nehmen leider zu und sie beschränken sich längst nicht mehr nur
15 auf
16 medial sichtbare und prominente Vertreter*innen unserer Partei. Auch
17 Kommunalpolitiker*innen, Kreisvorstände oder LAG Mitglieder sind betroffen und es ist
18 zu
19 erwarten, dass die Zahl der Angriffe mit der Zunahme von kommunalpolitischen
20 Mandaten weiter
21 steigen wird.
- 22 So sehr diese Angriffe zeigen, dass unser leidenschaftlicher Einsatz wirkt; mit ihnen
23 geht
24 auch eine starke psychische und physische Belastung für die Betroffenen einher. Meist
25 ist
26 der Hass dort am extremsten, wo es unseres Eintretens für Demokratie und
27 Menschlichkeit am
28 stärksten bedarf. Er trifft vor allem unmittelbar diejenigen, die sich vor Ort meist
29 ehrenamtlich für Grüne Inhalte stark machen. Dem gemeinsam entgegen zu treten
30 und diejenigen
31 zu unterstützen, die sich dieser Aufgabe stellen, ist auch eine Frage der
32 innerparteilichen
33 bündnisgrünen Solidarität.
- 34 Bisher gelingt es Bundes- und Landesbehörden nur mangelhaft, politisch aktive
35 Menschen vor
36 derartigen Angriffen zu schützen. Deswegen wirken unsere Bundestags- und
37 Landtagsfraktionen
38 in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich bereits auf die Schaffung derartiger
39 Beratungs-

- 24 und Unterstützungsangebote hin. Bis aber ein flächendeckendes und verlässliches
bundesweites
25 Netz an Anlaufstellen geschaffen ist, ist es Aufgabe der Partei Bündnis 90/Die Grünen
ihre
26 Mitglieder vor solchen Übergriffen bestmöglich zu schützen, sie bei konkreten Vorfällen
zu
27 beraten und Strategien zu entwickeln, um die Zahl und das Ausmaß der Angriffe so
gering wie
28 möglich zu halten. Die Vermittlung einer adhoc Rechtsberatung, wie sie die
29 Bundesgeschäftsstelle bereits anbietet, ist ein guter erster Schritt. Sie reicht aber
nicht
30 aus.
- 31 Deswegen fordern wir den Bundesvorstand auf, in Kooperation mit den Landes- und
32 Kommunalverbänden mit dem nächsten Haushaltsjahr eine Stelle zu schaffen, die
- 33 • für Mitglieder in Bedrohungssituationen telefonisch erreichbar ist und Nothilfe
34 leistet bzw. passende weiterführende Angebote und Schritte bespricht und den
Weg
35 begleitet (bspw. Rechtsanwalt, mobile Beratung, Meldesperre, psychologische
36 Unterstützung, Polizei, Staatsanwaltschaft),
 - 37 • die aktuelle Bedrohungslage im Blick behält und potentiell gefährdete Mitglieder
38 (bspw. bei Neuaufnahme eines kommunalpolitischen Mandats in Risikoregionen)
zu
39 möglichen Sicherheitsmaßnahmen berät und
 - 40 • derartige Vorfälle anonymisiert dokumentiert und so Veränderungen in der
41 Bedrohungslage analysiert und transparent macht. Diese Analyse kann dazu
dienen, den
42 Druck auf staatliche Behörden zu erhöhen und entsprechende Anlaufstellen auf
allen
43 Ebenen zu schaffen.

Begründung

Der Antrag wird mit Beschluss vom 29.09.2019 von der BAG Demokratie und Recht unterstützt.

weitere Antragsteller*innen

Sabrina Staats-Kriszeleit (Main-Taunus KV); Paula Louise Piechotta (Leipzig KV); Mathias Engling (NWM/Wismar KV); Gollaleh Ahmadi (Berlin-Spandau KV); Madeleine Henfling (Ilm-Kreis KV); Laura Sophie Dornheim (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Kordula Schulz-Asche (Main-Taunus KV); Kathrin Klaas (Frankfurt KV); Mona Hille (Berlin-Mitte KV); Daniela Cappelluti (Frankfurt KV); Julia Eberz (Frankfurt KV); Peter Heilrath (München KV); Alexandra Alth (Reutlingen KV); Stephanie Schuhknecht (Augsburg-Stadt KV); Anett Dreisvogt (Hameln-Pyrmont KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Stefan Wolters (Köln KV); Felix Holefleisch (Bremen-Mitte

KV); Jonathan Sieger (Köln KV); sowie 69 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.